

25.

Milton Friedman, Kapitalismus und Freiheit
(1962)

Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago 1962. Dt.: Kapitalismus und Freiheit, München 2004.

Das Titelbild einer deutschen Neuauflage von *Kapitalismus und Freiheit* aus dem Jahre 2004 zeigt seriös gekleidete und gesichtslos gezeichnete Menschen, vorwiegend Männer, jeweils hinter leeren Schreibtischen, die sich, lose angeordnet, in einem weiten Raum verlieren. Vielleicht ein Traumbild – der Albtraum des Milton Friedman?

Tim Jonke nannte sein Bild *People In Business Suits Behind Desks*, doch können die Schreibtischfiguren nicht nur Manager, sondern vor allem auch Bürokraten darstellen; und gerade weil sie nicht mit bestimmten Akten beschäftigt sind, erscheinen sie als anonyme Macht, die prinzipiell alle gesellschaftlichen Vorgänge zu kontrollieren und verhindern vermag. Die Verteidigung der Marktgesellschaft gegen eine vermutlich gutgemeinte Bevormundung und Lenkung der Bürger durch staatliche Stellen war ein lebenslanges politisches Forschungsprojekt des amerikanischen Wirtschaftsprofessors und Nobelpreisträgers Milton Friedman (1912-2006).

1. Geld- und Währungspolitik

Seine Reputation in der Fachwelt hatte Friedman allerdings mit einem anderen Thema, nämlich seinen Untersuchungen zur Geschichte der Geldpolitik in den USA sowie zur Geld- und Konsumtheorie erworben (Spahn 2009). Eine zentrale Botschaft seiner Arbeiten war, dass die große Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre nicht (wie von der wissenschaftlichen Schule des Keynesianismus behauptet) die Folge von immanenten Instabilitätstendenzen der Marktwirtschaft, sondern eines Versagens der Notenbanker gewesen sei. Sie hatten nach dem amerikanischen Börsenkrach von 1929 nicht energisch genug versucht, den Zusammenbruch der Banken zu verhindern; durch die damit verbundene Auslöschung der Konten war die Geldmenge um 20 Prozent gesunken, der Einbruch von Güternachfrage und Wirtschaftsaktivität war damit unvermeidlich.

Vor dem Hintergrund der Annahme einer engen und stabilen Beziehung zwischen Geld-

menge, gesamtwirtschaftlicher Güternachfrage und Inflation empfahl Friedman auch in der Nachkriegszeit eine Politik des stetigen Geldmengenwachstums als notwendige und hinreichende Bedingung gesamtwirtschaftlicher Stabilität, d.h. vor allem zur Wahrung des Geldwertes. Jedoch wurde dieses Konzept erst zu Beginn der 1970er Jahre in einigen Ländern umgesetzt, nachdem die keynesianische Stabilitätspolitik (eine fortwährende Variation von Steuern und Staatsausgaben) an dem Problem steigender Inflationsraten gescheitert war. Friedman wurde so zum Begründer einer "monetaristischen" Wirtschaftspolitik, die infolge ihrer Fixierung auf den Geldmengen-Inflations-Zusammenhang und ihrer Relativierung des Vollbeschäftigungsziels im politischen Interessenspektrum als eher rechtsgerichtet wahrgenommen und von gewerkschaftsnahen Gruppierungen bekämpft wurde.

Diese von Friedman empfohlene Geldpolitik scheint somit sein generelles Thema "Kapitalismus und Freiheit" in klarer Weise auf den Punkt zu bringen, als offenbar interessengeleitete Stabilisierungsstrategie kapitalistischer Wirtschaftsbeziehungen, die die Handlungsoptionen des Faktors Arbeit systematisch beschneidet: Marktwirtschaft als gesellschaftliche Ordnung, die primär der Freiheit des Kapitals verpflichtet ist.

Aber eine solche – unter linken Politökonomen verbreitete – Einschätzung führt in die Irre. In den Kapiteln seines Buches, die sich dem Bereich von Geld und Währung widmen, geht es vor allem darum, wissenschaftliche Konzepte und wirtschaftspolitische Institutionen zu propagieren, die Entscheidungen von Politikern in ein enges Regelsystem einbinden oder – besser noch – überflüssig machen. Friedmans Denken richtet sich zumindest von der Intention her nicht gegen die Freiheit der Arbeiter, sondern gegen unbeschränkte Handlungsspielräume von Politikern, bei denen er nicht unbedingt die gute Absicht, aber immer wieder die Kompetenz bezweifelte. "Geld ist eine zu ernste Angelegenheit, als dass man es den Herren von der Zentralbank anvertrauen könnte" (Friedman 1962, 74).

Vor diesem Hintergrund entwickelt Friedmans Buch Vorstellungen und Vorschläge zur Geldpolitik, die im Grunde das eigentlich Politische eliminieren, nämlich einen auf Ermessen und Interessenausgleich gerichteten Entscheidungsprozess. Zur Stabilisierung gesamtwirtschaftlicher Beziehungen wird wie bereits erwähnt eine regelmäßige und moderate Ausdehnung der Geldmenge empfohlen. Ein einfaches, in volkswirtschaftlichen Lehrbüchern beschriebenes Verfahren ist der Kauf (staatlicher) Wertpapiere durch eine Währungsbehörde, die dabei neu geschaffenes Geld in Umlauf setzt. Wenn aber dabei die Wachstumsrate dieser Geldschöpfung fixiert ist und unabhängig von allfälligen Störungen des Wirtschaftslebens durchgehalten werden soll, benötigt man dazu nicht einmal eine Zentralbank – es genügt der Dauerauftrag eines Notenausgabebüros an einen Börsenmakler, jeden Montag für x Euro

Wertpapiere zu kaufen.

Auch zur Regelung der internationalen Währungsbeziehungen ist Friedman zufolge keine Geldpolitik erforderlich: Wenn die Wechselkurse frei schwanken dürfen, müssen die Zentralbanken nicht länger an den Devisenmärkten intervenieren, um die relativen Preise der nationalen Währungen konstant zu halten. Flexible Wechselkurse passen sich dann im freien Spiel der Marktkräfte so an, dass der freie Welthandel befördert wird, etwaige Inflationsunterschiede zwischen den Nationalstaaten kompensiert werden und somit kein Land unter großen Störungen seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu leiden hat – das war zumindest Friedmans Hoffnung.

Diese geld- und währungspolitischen Vorstellungen mögen aus heutiger Perspektive sehr einfach und vielleicht naiv erscheinen, aber Geldmengensteuerung und flexible Wechselkurse waren in den 1960er Jahren durchaus anerkannte wirtschaftspolitische Konzepte, für die sich bis heute seriöse wissenschaftliche Argumente finden lassen. Die theoretische und politische Debatte in diesem Bereich ist seitdem natürlich weiter gegangen, getrieben vom wissenschaftlichen Fortschritt, institutionellen Rahmenbedingungen und praxisorientierten Fragen der Stabilitätspolitik. Dabei ist deutlich geworden, dass das monetäre Gesamtthema wenig geeignet ist zur Darlegung von Friedmans Befürchtung, der Wohlfahrtsstaat werde sich zunehmend in die Belange der einzelwirtschaftlichen Interessenverfolgung einmischen und die Wahlmöglichkeiten der Marktteilnehmer beschränken. Geld- und Währungspolitik befasst sich mit gesamtwirtschaftlichen Problemen, den Durchschnittswerten von Beschäftigung und Inflation, individuelle Freiheitsrechte werden dadurch allenfalls mittelbar berührt.

2. Ein Liberaler zwischen den Fronten

Das Buch *Kapitalismus und Freiheit* liefert (entgegen dem Klappentext einer frühen Ausgabe) keine "Widerlegung" des Keynesianismus. Das Thema der Geld- und Währungspolitik wird hier vermutlich nur deshalb behandelt, weil die Anfänge einer keynesianischen Wirtschaftspolitik nach dem zweiten Weltkrieg in einigen westlichen Industrieländern stellenweise als Anzeichen eines drohenden Systemwechsels zu einer sozialistischen Planwirtschaft missverstanden wurden. Als Wirtschaftswissenschaftler hätte Friedman zwar sehen können und betonen sollen, dass eine makroökonomische Stabilisierungspolitik keine Aufhebung einzelwirtschaftlicher Eigentums- und Freiheitsrechte bedeutet. Aber in seinem Buch, das auf einer Vortragsreihe aus dem Jahr 1956 beruht, ist der Einfluss von seinem geistigem Ziehvater Friedrich August von Hayek spürbar, auf den er an der Universität Chicago getroffen war.

Hayek hatte in seiner Schrift *Der Weg zur Knechtschaft* (1944) bei jedem staatlichen Eingriff in die Marktwirtschaft einen weiteren Schritt in Richtung Sozialismus prognostiziert. Auch der Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, Walter Eucken (1951), hatte die Tendenz zu einer (national-) sozialistischen Planwirtschaft nicht zuletzt auf Vollbeschäftigungspolitik und die "Vermachtung" der Wirtschaft durch Kartelle und Gewerkschaften zurückgeführt.

Friedman hielt auch noch im Vorwort zur neuen deutschen Ausgabe seines Buches (2004, 16, 33) an seiner schwer nachvollziehbaren Einschätzung fest, in den Nachkriegsjahrzehnten habe der Sozialismus in den USA, Großbritannien und anderen westlichen Ländern eine Blütezeit erlebt. Er führt dies darauf zurück, dass Wohlstand anstelle von Freiheit das dominierende Ziel gewesen sei; offenbar hatten die Politiker geglaubt, den Wohlstand schneller mit dem Sozialismus erreichen zu können. Merkwürdigerweise schließt Friedman Deutschland aus dieser historischen Bewegung aus, obgleich nun gerade hier "Vater Staat" eine paternalistische, fürsorgliche Sozialpolitik betrieb. Jedenfalls sei die Tendenz zum Kollektivismus erst in den 1970er Jahren gestoppt worden.

Offenbar sah sich Friedman als intellektueller Kämpfer um den Fortbestand einer bedrohten marktwirtschaftlichen Ordnung. Aber selbst wenn man den Hintergrund von Systemkonkurrenz und Kaltem Krieg ernst nimmt, erscheint *Kapitalismus und Freiheit* merkwürdig aus der Zeit gefallen. Keineswegs fordert das Buch den starken Staat gegen "kommunistische Umtriebe". Aus der Perspektive politisch konservativer Eliten seiner Zeit konnte Friedman eher als Staatsfeind erscheinen: Er lehnt die Wehrpflicht ab und schildert Effizienz und Entwicklungsmöglichkeiten des marktwirtschaftlichen Systems in so hellen Farben, dass gar kein Platz und keine Notwendigkeit für Regierungsinterventionen, bürokratische Kontrollen oder staatlich organisierte Sektoren verbleibt. Das Bildungssystem etwa, das aus konservativer Sicht nicht zuletzt der Vermittlung "staatserhaltender" Werte und Denkweisen dient, wäre wie auch Medien-, Verkehrs- und Energiebereiche zu privatisieren, womit politische Gruppierungen einen Teil ihrer lieb gewordenen Macht-, Einfluss- und Verdienstmöglichkeiten verlieren.

Auf der anderen Seite ist leicht nachzuvollziehen, dass Friedman mit seinem Buch auch zu einer Reizfigur für alle linksorientierten Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftsbürger wurde – und dies zeitlebens blieb. Seine Präferenz für Entstaatlichung ist generell für diejenigen Linken ein Affront, die umgekehrt in einer vermehrt demokratisch organisierten Regelung wirtschaftlicher Abläufe ein Fortschrittskriterium sehen. Der zentrale inhaltliche Punkt ist Friedmans striktes Plädoyer für den Wettbewerb als Organisationsform von Gesellschaften, wobei von den Bürgern die Bereitschaft eingefordert wird, die Ergebnisse der Marktpro-

zesse nicht zuletzt im Hinblick auf die Einkommens- und Vermögensverteilung im Grundsatz zu akzeptieren. Ohnehin sei Ungleichheit zum überwiegenden Teil durch zufällige und daher vergängliche Marktkonstellationen bedingt oder aber durch staatlich verordnete Wettbewerbsbeschränkungen zum Schutz bestimmter Akteure.

Die Gesellschaft besteht aus Individuen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, ihre Markterfolge und Misserfolge beruhen aber auch auf zufälligen Ereignissen. Wegen ihres willkürlichen Charakters sind staatliche Korrekturversuche schwer zu legitimieren (Friedman 1962, 193-198, vgl. Baran 1963). Dies ist in etwa zeitgleich auch von Hayek (1967) betont worden, aber der Grundgedanke geht schon auf Herbert Spencer (1884) zurück, der die Gesellschaft als einen evolutorischen Organismus sah, wobei es keinen legitimen Grund und keine sinnvollen Kriterien für eine staatliche Beeinflussung gebe. Für ihn bedeutete Liberalismus ursprünglich "einzelwirtschaftliche Marktfreiheit im Unterschied zu einer Lenkung durch die Obrigkeit, aber daraus hatte sich ein Bedeutungswandel in Richtung eines staatlichen Zwangssystems im vorgeblichen Interesse der individuellen Wohlfahrt ergeben" (MacPherson 1968, 25, m.Ü.).

In *Kapitalismus und Freiheit* präsentiert sich Friedman als Liberaler der klassischen Ära: Er spricht den Politikern nicht nur die Kompetenz, sondern im Kern auch die politische Berechtigung ab, im angeblichen Interesse der Bürger tätig zu werden. Freiheit sei beste Weg zu Wohlstand und sozialer Gleichheit, während ein moderner Liberalismus in den USA (der aus europäischer Perspektive eher als sozial-liberal zu bezeichnen ist) zunächst einen mehr egalitären Wohlstand als Voraussetzung oder auch Alternative zur individuellen Freiheit ansehe (Friedman 1962, 28, vgl. Lerner 1963).

Friedman erkennt Beziehungen zwischen politischer und ökonomischer Freiheit in beiden Richtungen. Die Öffnung von Märkten musste historisch oft gegen die Obrigkeit erkämpft werden. Ein bestehendes Marktsystem ist jedoch dann die notwendige, wenn auch nicht hinreichende Vorbedingung für politische Freiheit. Friedman begründet dies primär mit dem Privateigentum und dem Interesse an privater Gewinnerzielung. Sozialistische Planwirtschaften stehen schon deshalb für unfreie Gesellschaften, weil Kritiker und Systemgegner keine Ressourcen erhalten, um ihre Meinung einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen zu können – während umgekehrt die Verleger im Kapitalismus auch am Verkauf "revolutionärer" Literatur verdienen wollen (der Autor dieser Zeilen erinnert sich, Marx' *Kapital* in der Ausgabe eines Verlages studiert zu haben, der in der 1968er Studentenbewegung gewaltsam bekämpft wurde). Friedman betont noch, dass selbst in der McCarthy-Ära missliebige amerikanische Künstler und Schriftsteller mehr Entfaltungs- und Verdienstmöglichkeiten hatten als ihre in

Ungnade gefallenen Kollegen in der Sowjetunion.

Politische Freiheit bedeutet, dass "es keinen Zwang eines Menschen gegenüber einem anderen geben darf" (Friedman 1962, 38). Positiv gewendet manifestiert sich dies im Postulat der Wahlfreiheit, auf der politischen und der ökonomischen Ebene. Für Friedman ist dies in der Marktwirtschaft fast schon per Definition erfüllt, da sich die Akteure ihre "Tauschpartner" frei auswählen können. Eine Einschränkung der Wahlfreiheit ist aber im Falle des Monopols gegeben, wo ein Partialmarkt von einem Anbieter oder einem Nachfrager dominiert wird. Aus diesem Grund erscheinen in *Kapitalismus und Freiheit* Tendenzen einer Monopolisierung der Wirtschaft als das größte Übel, nicht nur wegen der damit möglicherweise verbundenen ökonomischen Ineffizienzen und Verteilungseffekte, sondern in erster Linie wegen der Aushöhlung der ordnungspolitisch elementaren Wahlmöglichkeiten. Das Insistieren auf der Systemgefahr durch die Monopole erscheint aus heutiger Sicht allerdings etwas antiquiert: Zwar hat die Größe der Unternehmen seit Friedmans Zeiten auf den ersten Blick vielleicht noch zugenommen, aber aufgrund des freien Welthandels ist der Wettbewerbsdruck sicher gewachsen, so dass man sich über die Wahlfreiheit der Güternachfrager weniger Sorgen machen muss.

Die Schwäche von Friedmans Argumentation liegt eher darin, dass er die Wahlfreiheit auf einem besonderen Markt – nämlich dem Arbeitsmarkt – nur sehr oberflächlich analysiert. Eine grundsätzliche Kritik aus marxistischer Sicht (MacPherson 1968) warf ihm vor, die Trennung von Arbeit und Kapital zu übersehen. Friedman schreibt, Haushalte müssten sich ja nicht am Austausch beteiligen, weil sie notfalls für sich selbst produzieren könnten (1962, 36). Weil den meisten Menschen aber die Produktionsmittel zur Eigenarbeit fehlen, müssen sie sich als Lohnarbeiter verdingen; sie verfügen faktisch nicht über die Option, auf Kontrakte mit den Arbeitgebern verzichten zu können. Damit besteht ein strukturelles Machtungleichgewicht am Arbeitsmarkt, das sich in einer für die Arbeitnehmerseite ungünstigen Entwicklung der Einkommensverteilung niederschlagen kann.

Der Zwang zu einem Lohnkontrakt wird insbesondere in Phasen allgemeiner Unterbeschäftigung deutlich; Arbeitslosigkeit ist jedoch ein Thema, über das sich Friedman in *Kapitalismus und Freiheit* ausschweigt. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Keynes' Theorie, wonach das Marktsystem nicht von sich aus zu einem Arbeitsmarktgleichgewicht gelangt, findet man nicht. Implizit wird Vollbeschäftigung vorausgesetzt – hier sind ja durchaus Wahlmöglichkeiten der Arbeitnehmer bei ihrer Suche nach Arbeitsplätzen gegeben. Es wird der irreführende Eindruck erweckt, als ob eine stabile Versorgung der Wirtschaft mit Geld durch die Notenbank ausreiche, um Krisen und konjunkturelle Arbeitslosigkeit zu verhindern. Als einzige Bedrohung für die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes erscheinen die Gewerk-

schaften, da sie als "monopolistische" Organisationen die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen behindern. Gewerkschaften sind jedoch nicht die Ursache, sondern der Reflex eines Marktversagens: Üblicherweise sind kapitalistische Marktgesellschaften durch ein variierendes Maß an Unterbeschäftigung charakterisiert; auch bei "Vollbeschäftigung" gibt es in großen Volkswirtschaften Millionen von Arbeitslosen. Ein atomistischer, unregelmäßiger Arbeitsmarkt würde die Gefahr einer Lohn- und Preisdeflation heraufbeschwören, die wie in den 1930er Jahren die Stabilität des makroökonomischen Systems aushöhlen kann. Das Tarifvertragssystem gewährleistet demgegenüber eine gewisse Absicherung der Nominallöhne nach unten; und bei diesen Rahmenbedingungen ist Konjunkturpolitik wesentlich einfacher.

Vor dem Hintergrund des Unterbeschäftigungsproblems klingt demnach Friedmans Versprechen, die Marktwirtschaft biete über die unbeschränkte und unverzerrte "Teilhabe" am ökonomischen und politischen Geschehen ein Maximum an Entscheidungsfreiheit der Individuen, etwas zu optimistisch. Regulierungen und Institutionen könnten "schwächen" Akteuren einen gewissen Interessenschutz in Markt und Gesellschaft bieten. Einer solchen Ausgleichsstrategie, die ja das politische Programm der sozialdemokratischen Bewegung verkörpert, steht Friedman jedoch kritisch gegenüber. Die damit verbundene Entstehung einer Schicht von staatlich zertifizierten Interessenvertretern und Sozialbürokratien würde den Kapitalismus noch weiter von dem Bild entfernen, das ihm als Ideal vorschwebt: ein freier Marktplatz, auf dem jeder über Angebots- und Nachfrageaktivitäten seinen Vorteil sucht.

Strategien und Verhalten der Individuen werden hier allein begrenzt durch den staatlich erzwungenen Respekt vor dem Privateigentum der jeweiligen Marktpartner. Zudem ist ein staatliches Rechtssystem vonnöten, um die Einhaltung der Marktkontrakte zu überwachen und insbesondere dem Gläubiger bei der Eintreibung seiner Forderungen zu helfen. Friedman folgt hier David Humes naturrechtlicher Begründung freiheitlicher Vorstellungen. Dessen Postulat der "Sicherheit des Besitzes, seiner Übertragung durch Zustimmung und die Erfüllung von Versprechen" (1739/40, 274) verweist auf die Bedeutung von Privateigentum und Vertragsfreiheit als konstituierende Elemente der Marktgesellschaft. Friedman sieht die Regierung damit als "Spielleiter und Schiedsrichter" (1962, 49). Die gleiche Idee liegt Hayeks (1963) Konzeption einer "spontanen Ordnung" zugrunde, wobei Gesellschaft als Summe von zumeist gegeneinander gerichteten, interessegeleiteten Aktionen von Individuen verstanden wird, die unter einem vom Staat gesetzten Regelwerk operieren.

Die gedankliche Dichotomisierung von Bürgern und regelsetzender Instanz hat jedoch zur Folge, dass entgegen dem Anspruch, ein evolutorisches Gesellschaftssystem abzubilden, die fortlaufende Änderung der Regeln und Rahmenbedingungen nicht hinreichend erfasst

werden kann. Denn diese Änderungen vollziehen sich über den Prozess der demokratischen Willensbildung, auf dem dafür vorgesehenen Wege (Wahlen), aber auch über andere Kanäle wie Lobbyismus oder *rent seeking* (Tollison 1982). Diese Interdependenzen zwischen Staat und Bürger und die alltägliche Erfahrung, dass Interessenverfolgung nicht nur innerhalb der Regeln, sondern auch durch Versuche ihrer Modifikation stattfindet, weisen auf eine Achillesferse des liberalen Ansatzes hin. Die demokratisch gewählte Regierung ist eben kein Schiedsrichter, sondern immer auch Ausdruck der Kräfteverhältnisse innerhalb der Gesellschaft und auf den Märkten. Es ist kein Zufall, dass Hayek stets ein zwiespältiges Verhältnis zur Demokratie pflegte und liberale Diktatoren populistisch-demokratischen Regierungen vorzog (Biebricher 2014). Hayek wie Friedman dienten sich in den 1970er Jahren nach dem Staatsstreich in Chile den militärischen Machthabern als ökonomische Berater an. Offenbar sahen sie hier eine Chance, das liberale Marktmodell "von oben her" zu verwirklichen.

3. Vision einer entstaatlichten Marktgesellschaft

In der theoriegeschichtlichen Debatte um den Wettbewerb als dem Konstitutions- und Ordnungsprinzip einer Marktwirtschaft lassen sich zwei unterschiedliche Grundpositionen ausmachen. Die neoklassische Schule der Wirtschaftstheorie hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts das ideale (Lehrbuch-) Bild einer vollständigen Konkurrenz formuliert. Damit sind Marktstrukturen bezeichnet, in denen statische Effizienzkriterien der Güterproduktion und -verteilung erfüllt sind und zudem das erstrebte Machtgleichgewicht zwischen den Akteuren durch die Machtlosigkeit eines jeden einzelnen definitiv gewährleistet ist. Aber da solche perfekten Marktbeziehungen in der realen Welt nirgends existieren, würde man – mit dem Ideal vollständiger Konkurrenz als wirtschaftspolitischer Norm – permanente Staatseingriffe in Form kompensierender Regulierungen zur Heilung von Marktfehlern provozieren. Der Wettbewerb würde zu einer staatlichen Veranstaltung. Dies ist stets auch das Leitbild der insbesondere von Walter Eucken propagierten deutschen Ordnungsökonomik gewesen.

Friedman favorisiert dagegen das von Hayek entwickelte, stärker evolutiv angelegte Verständnis des Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren, das letztlich auch einen Wettbewerb der Institutionen vorsieht (Goldschmidt/Wohlgemuth 2008, 13 f.). Hierbei ist das entscheidende Kriterium für einen funktionierenden Wettbewerb aus Sicht eines klassischen Liberalen wie Friedman allein der freie Marktzutritt: Marktunvollkommenheiten eröffnen zusätzliche Gewinnchancen, dies macht nach Schumpeter die Entwicklung von Innovation in der Wirtschaft zu einem lohnenden Geschäft, und der Markt ist dynamisch effizient, wenn neue Pro-

duzenten die temporären Monopolgewinne immer wieder wegkonkurrieren.

Es bleibt freilich die wichtige Frage, in welchen Bereichen Wettbewerb bei privater Güterversorgung überhaupt technisch möglich oder politisch erwünscht ist. So galten etwa Eisenbahnbetrieb, Energieversorgung, Postdienste und Telefon lange Zeit als Domänen einer staatlich organisierten Güterproduktion. Ein zentrales Argument dafür war, dass das Leistungsangebot über Versorgungsnetzwerke erfolgt, und es macht ökonomisch wenig Sinn, etwa ein konkurrierendes Netz von Eisenbahnschienen zu verlegen. Mittlerweile hat man einen Großteil der technischen Probleme bei der Nutzung von Infrastrukturnetzen durch mehrere Anbieter in den Griff bekommen (z.B. bei Strom und Gas). Zur Zeit von *Kapitalismus und Freiheit* galt das "technische Monopol" noch eher als unvermeidlich. Aber selbst dann besteht die Wahl zwischen einem Privatmonopol, einem staatlich überwachten Monopol oder einem Staatsbetrieb.

"Wider Willen" erachtete Friedman (1962, 53) in solchen Fällen ein "maßvolles Privatmonopol" als das kleinste Übel. Die Alternativen erschienen ihm nicht erstrebenswert: Staatsbetrieben fehlt es auf Dauer an Innovation, sie entwickeln sich zu schwerfälligen, kosten-trächtigen Bürokratien. Überwachungsbehörden, die die missbräuchliche Nutzung einer privaten Monopolstellung verhindern sollen, können sich mit der Zeit paradoxerweise zu Institutionen entwickeln, die die Marktposition der kontrollierten Firma im strukturellen Wandel absichern. Friedman demonstriert dies an der *Interstate Commerce Commission*, die zur Beaufsichtigung der US-Eisenbahn zu einer Zeit eingerichtet wurde, als es praktisch noch keine alternativen Verkehrsmöglichkeiten für große Distanzen gab, die sich jedoch zum Schutzorgan der Eisenbahn gegen die Konkurrenz von Lastkraftwagen und anderen Transportmitteln entwickelte.

Auch in Deutschland erforderte die Zulassung des Fernbusverkehrs seit 2013 die Liberalisierung von Lizenzrestriktionen, die 1935 zum Schutz der Bahnlinien geschaffen worden waren. Lange dauerte es auch, bis Post- und Telefondienste privatisiert wurden. Im Grunde ist Friedmans Plädoyer für allgemeine Deregulierung und Marktöffnung erst seit Beginn der 1980er Jahre in einigen westlichen Ländern teilweise umgesetzt worden. Die Debatte darüber nahm allerdings schon vorher an Fahrt auf, unter Bezugnahme auf Friedmans Vision, die erst mit großer Verspätung aufgegriffen wurde (Lepage 1978). Friedman selbst hat gemeinsam mit seiner Frau in einer Fernsehserie für die Trendwende der Wirtschaftspolitik zu den *Supply Side Economics* in den USA geworben. Das daraus entstandene Buch *Free to Choose* (1980) ist praktisch eine Neuauflage und Weiterführung von *Kapitalismus und Freiheit*.

Die bis heute anhaltenden Debatten um Staatskontrolle versus Privatisierung weisen dar-

auf hin, dass im Hintergrund nicht bloß technische Fragen um die Zwangsläufigkeit eines Monopols stehen. Aus konservativ-etatistischer Sicht hatten Bereiche wie Post, Bahn und Medien gerade in Deutschland auch immer einen quasi-hoheitlichen Status; "staatstragende Kräfte" konnten sich Stabilität und Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht ohne Kontrolle ihrer zentralen Eckpunkte vorstellen. Dies gilt insbesondere auch für den Bildungssektor, was Friedman durchaus anerkennt: "Eine stabile und demokratische Gesellschaft kann ohne ein Minimum an Bildung und Wissen bei der Mehrheit ihrer Bürger und ohne weitgehend akzeptierte Werte nicht existieren" (1962, 109). Gerade für ein Einwanderungsland wie die USA war es zunächst nötig, "ein gewisses Maß an Konformität und Loyalität gegenüber den allgemein gültigen Werten [zu] schaffen" (1962, 121); das heutige Problem sei aber eher die Gewährleistung von Vielfalt und Differenzierung.

Neben der notwendigen Harmonisierung von gesellschaftlichen Wertvorstellung ist die individuelle Lebens- und Berufsvorbereitung die zweite Aufgabe des Schulsystems. Aus beiden Funktionen des Bildungssystems folgt für Friedman nicht, dass die Schulen vom Staat betrieben werden müssten (noch weniger gilt dies für Universitäten). Dieser solle sich darauf beschränken, die Einhaltung bestimmter einheitlicher Standards in den privaten Ausbildungsgängen zu überprüfen. Im Prinzip liegt die Verantwortung für die richtige Bildungswahl bei Familien und Kindern. Der Bildungserwerb ist eine Investition in Humankapital, und wegen der zu erwartenden Koppelung mit den eigenen Einkommensaussichten wäre diese Aktivität auch privatwirtschaftlich zu finanzieren. Aufgrund der positiven externen Effekte für die Gesellschaft empfiehlt Friedman jedoch staatliche Bildungsgutscheine, die man bei den privaten Schulbetreibern einreichen kann. Für das Universitätsstudium ließe sich eine staatliche Kreditvergabe organisieren, deren Tilgung später an die Einkommensteuer gekoppelt wird.

Die Bedeutung formaler Ausbildungsabschlüsse relativiert sich bei Friedman dadurch, dass er den Lizenzzwang bei der Berufszulassung ohnehin am liebsten abschaffen würde, selbst beim Arztberuf. Zumeist werde die Nachweisprüfung formaler Qualifikationen den Interessenvertretern der jeweiligen Branche übertragen, die wie im mittelalterlichen Zunftwesen über die Regulierung der Berufszulassung das Leistungsangebot verknappen und damit die Einkommen der betreffenden Berufsgruppe steigern können. Lizenzzwang und monopolistische Ausbildungswege würden die Qualität der medizinischen Praxis eher verringern. Die Menschen seien als Kunden durchaus fähig, kompetente Dienstleistungsanbieter auf dem freien Markt zu finden, und wer von einem inkompetenten Arzt schlecht behandelt werde, könne diesen ja wegen Vertragsbruch verklagen (Friedman 1962, 179).

Man sieht: Das Prinzip der Konsumentensouveränität wird auch dort hochgehalten, wo

die Nachfrager aufgrund eigener Informationsmängel die Angebotsseite nicht gut beurteilen können. Die Norm der individuellen Wahl prägt schließlich auch die Vorstellungen zum Wohlfahrtsstaat. In Friedmans freiem Kapitalismus gibt es zwar durchaus einen Platz für Sozial-, Steuer- und Verteilungspolitik (Breul 1963). Armut sollte aber nicht auf paternalistische Weise bekämpft werden, indem man den unteren Einkommensschichten kostenlose Staatsleistungen zugute kommen lässt und so ihre freie Konsumwahl beschneidet. Der bestehende Wohlfahrtsstaat wird weniger wegen seiner Zielsetzung kritisiert, sondern wegen seiner vormundenden und ineffizienten Instrumente. Mindestpreise für Agrarprodukte etwa nutzen den Farmern nicht, weil damit das Überangebot an Produkten wächst, aber nicht ihr Einkommen. Vorschriften einer Zwangssparnis zur Altersvorsorge sind zwar gut gemeint, nehmen den Menschen jedoch die Freiheit, ihr Einkommen nach ihren Wünschen auszugeben. Friedmans Vorschlag ist, sämtliche sozial- und verteilungspolitischen Einzelmaßnahmen zu streichen und durch eine negative Einkommensteuer zu ersetzen. Dadurch wird viel Bürokratie eingespart und die Idee der Selbstbestimmung der individuellen Lebensführung erhält eine wirtschaftliche Grundlage.

4. Was bleibt?

Die Idee der negativen Einkommensteuer ist wohl der Gedanke aus *Kapitalismus und Freiheit*, der in Form der Debatte um das "Bürgergeld" die größte aktuelle Bedeutung besitzt. Anzuerkennen ist auch, dass Friedman in vorausschauender Weise neue Möglichkeiten der Anwendung preislicher Regulierung skizzierte, als seine politische Umwelt noch im bürokratischen Etatismus verharrte. Sein Beitrag zum wirtschaftlichen Fortschritt bleibt jedoch bis heute umstritten (Shleifer 2009). Viele seiner wirtschaftspolitischen Vorschläge – auch wenn sie sich in erfrischender Weise einem traditionellen Rechts-Links-Schema entziehen – gelten als utopisch, weil sie an bestehenden Interessenwiderständen scheitern oder theoretisch nicht sorgfältig zu Ende gedacht sind.

Unter seinen Fachkollegen galt Friedman, der scheinbar nie von Selbstzweifeln geplagt war, weithin als der große Vereinfacher, der zwar volkswirtschaftliche Zusammenhänge publikumswirksam auf den Punkt bringen konnte, dabei jedoch die durch fachliche Gegenargumente entstehende Komplexität gern ignorierte. Paul Krugman (2007) sah neben dem Fachökonom und dem wirtschaftspolitischen Berater als dritte Facette in Friedmans Persönlichkeit den Ideologen; es gab bei seinen öffentlichen wirtschaftspolitischen Empfehlungen stets Bedenken im Hinblick auf seine intellektuelle Seriosität. Robert Solow (2013) schloss sich

dem an; Leute wie Friedman seien schlecht für die Wirtschaft wie für die Gesellschaft, und Debatten mit ihnen eine Zeitverschwendung.

Friedmans Abhandlung über Kapitalismus und Freiheit weist nicht die "Tiefe" auf, die man etwa bei John Locke, John Stuart Mill, Hayek oder Frank Knight, seinem Lehrstuhlvorgänger in Chicago, finden kann (Gonce 1992). Friedman zielte stets auf eine mehr praktische Ebene. Nicht das ist das Problem, sondern sein unerschütterlicher Glaube an die Klugheit menschlicher Entscheidungen und seine Weigerung, eine politische Korrektur dieser Entscheidungen dort zuzulassen, wo sie sich schädlich für Individuum oder Gesellschaft auswirken könnten. Für Friedman, aus dem Elternhaus eines aus der Ukraine eingewanderten Kleinunternehmers stammend, hatte der Markt letztlich immer Recht, auch wenn er einen schlechten Geschmack zeigt. Um die Bewahrung der kulturellen Werte einer Bildungsoberschicht, um die Subventionierung von Kunst und Musik sollten sich private Sponsoren, nicht aber der Staat und die Steuerzahler kümmern.

Friedmans Antipode in der Wirtschaftswissenschaft, John Maynard Keynes, zeitlebens Mitglied der britischen Finanzaristokratie, blickte dagegen stets skeptisch auf die hoffnungsvolle These, individuelle Marktaktivitäten würden zu sinnhaften gesellschaftlichen Ergebnissen führen:

"Es ist *nicht* wahr, dass Menschen eine normativ verstandene 'natürliche Freiheit' in ihren Handlungen haben. [...] Die Welt ist *nicht* so geplant, dass private und soziale Interessen stets zusammenfallen; und sie wird *nicht* so regiert, dass sie sich vertragen. Aus den Prinzipien der ökonomischen Theorie folgt *nicht*, dass ein aufgeklärtes Eigeninteresse mit dem Gemeinwohl übereinstimmt. Das Eigeninteresse ist *selten* aufgeklärt; die Menschen verfolgen auf ihren eigenen Wegen ihre Ziele und sind oft zu ignorant oder schwach, um selbst nur diese zu erreichen. Die Erfahrung zeigt *nicht*, dass Individuen bei gemeinsamen Entscheidungen weniger kurzfristig sind als bei unabhängigen Handlungen" (1926, 287 f., m.Ü.).

Literatur

- Baran, Paul A., "Capitalism and Freedom, by Milton Friedman", in: *Journal of Political Economy* 71, 1963, 591-594.
- Biebricher, Theodor, "Demokratie als Problem", in: *Die Zeit* 38, 11.9.2014.
- Breul, Frank R., "Capitalism and Freedom. An Essay Review", in: *Social Service Review* 37/2, 1963, 201-207.
- Eucken, Walter, *Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik*, Tübingen 1951.

- Friedman, Milton, *Kapitalismus und Freiheit* (1962), München 2004.
- Friedman, Milton / Friedman, Rose, *Chancen, die ich meine. "Free to Choose"* (1980), Frankfurt u.a. 1983.
- Goldschmidt, Nils / Wohlgemuth, Michael (Hg.), *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen 2008.
- Gonce, R. A., "F. H. Knight on Capitalism and Freedom", in: *Journal of Economic Issues* 26, 1992, 813-844.
- Hayek, Friedrich August von, *Der Weg zur Knechtschaft* (1944), München 1976.
- , "Arten der Ordnung" (1963), in: *Freiburger Studien*, Tübingen 1969, 32-46.
- , "Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung" (1967), in: *Freiburger Studien*, Tübingen 1969, 108-125.
- Hume, David, *Ein Traktat über die menschliche Natur* (1739/40), Band 2, Hamburg 1978.
- Keynes, John Maynard, "The End of Laissez-Faire" (1926), in: *Collected Writings*, Band 9, London, Basingstoke, 272-294.
- Krugman, Paul R., "Who Was Milton Friedman?" in: *The New York Review of Books* 54/2, 15.2.2007.
- Lepage, Henry, *Der Kapitalismus von morgen* (1978), Frankfurt, New York 1979.
- Lerner, Abba P., "Capitalism and Freedom, by Milton Friedman", in: *American Economic Review* 53, 1963, 458-460.
- MacPherson, Crawford Brough, "Elegant Tombstones. A Note on Friedman's Freedom", in: *Canadian Journal of Political Science* 1/1, 1968, 95-106.
- Shleifer, Andrei, "The Age of Milton Friedman", in: *Journal of Economic Literature* 47/1, 2009, 123-135.
- Solow, Robert M., "Why Is There No Milton Friedman Today?" in: *Econ Journal Watch* 10/2, 2013, 214-216.
- Spahn, Peter, "Milton Friedman", in: Heinz-Dieter Kurz (Hg.): *Klassiker des ökonomischen Denkens*, Band 2, München 2009, 282-300.
- Spencer, Herbert, *The Man versus the State* (1884), Indianapolis 2009.
- Tollison, Robert D., "Rent Seeking. A Survey", in: *Kyklos* 35, 1982, 575-602.